

# **Grafiken zur Eurokrise**

Erstellt und kommentiert durch das Büro-Team von Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

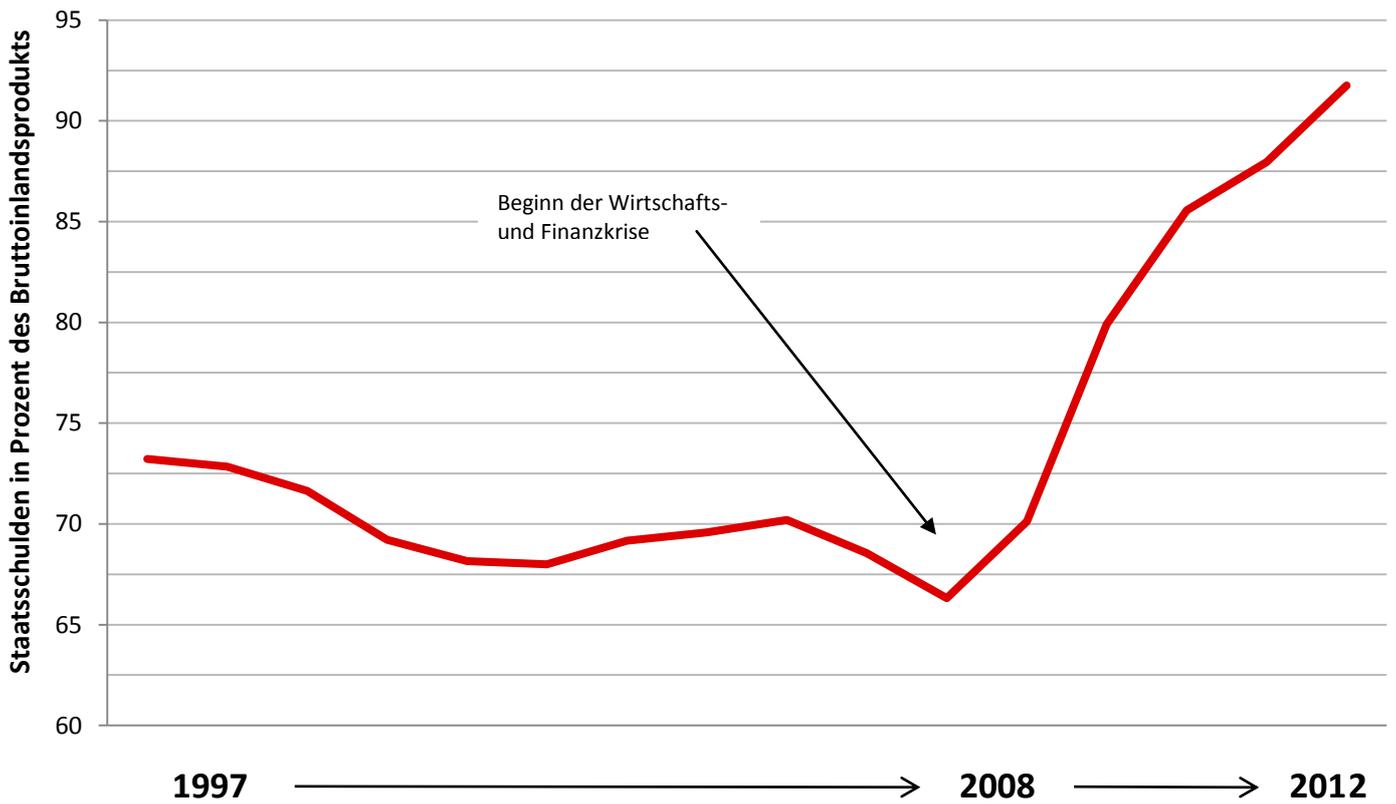
Aktualisierte Version vom 17. August 2013

[www.andrej-hunko.de](http://www.andrej-hunko.de)

*Dieses Dokument beidseitig ausdrucken und dann die Seiten in der Mitte durchschneiden (graue Linie), so dass immer die Grafik auf der Vorderseite und die Erklärung auf der Rückseite zu sehen ist.*

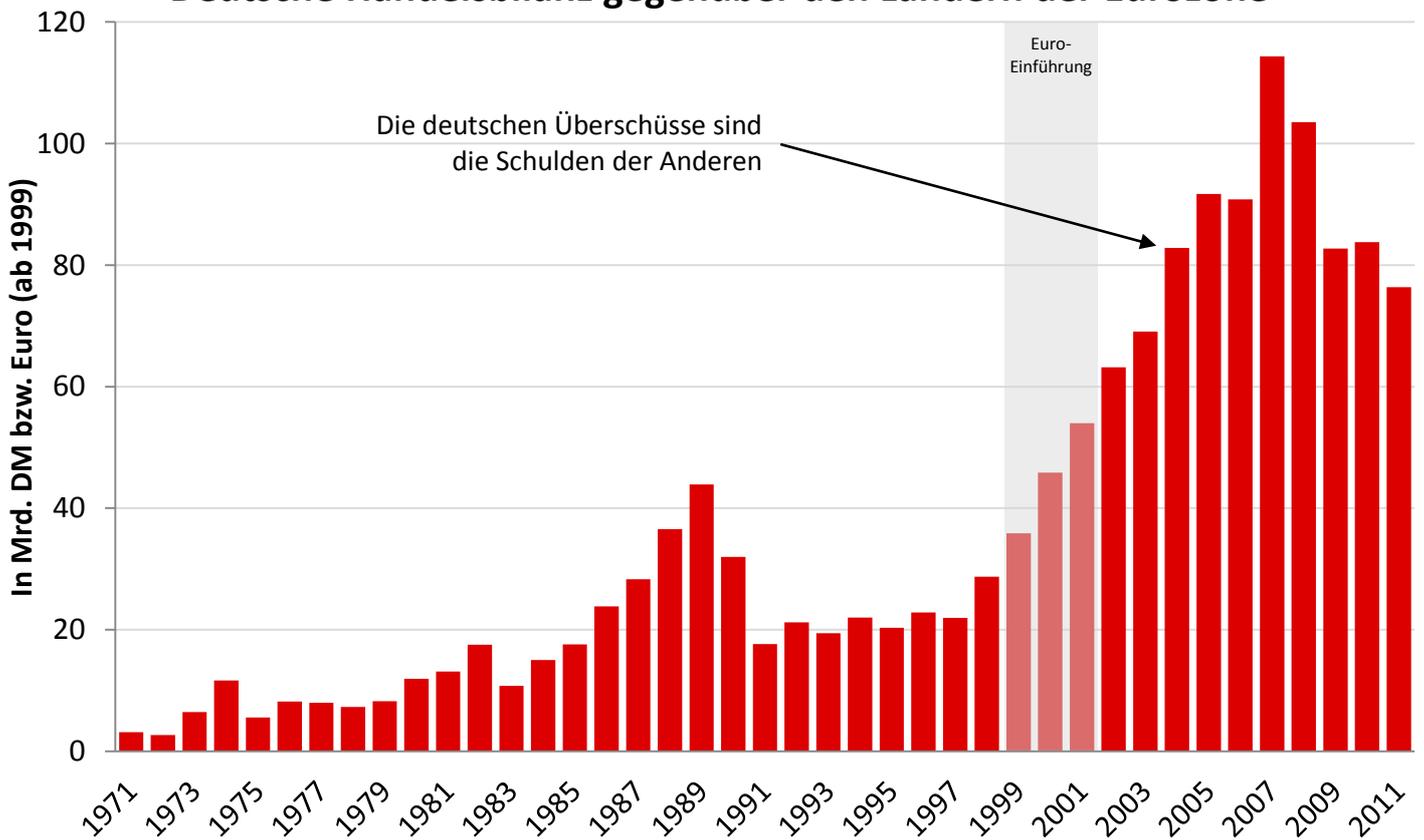


## Staatsschulden in der Eurozone



Quelle: Ameco-Datenbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

## Deutsche Handelsbilanz gegenüber den Ländern der Eurozone



Quelle: Bundesbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB (DIE LINKE)

## Staatsschulden in der Eurozone

- Die Grafik zeigt die Entwicklung der Staatsschuldenquote der gesamten Eurozone, also aller 17 Länder, die den Euro als Währung haben (Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern).
- Die Staatsschuldenquote ist die Höhe der Staatsschulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Diese wird gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

### *Interpretation der Grafik:*

- Die Grafik zeigt, dass die Staatsschuldenquote bis zum Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gesunken ist: Von gut 73 Prozent 1997 auf gut 66 Prozent 2007. Erst ab 2008 ist sie stark angestiegen.
- Der Anstieg ab 2008 hat zwei wesentlich Gründe: 1) Für die Rettung der Banken in der Krise 2007/2008 haben die Staaten Milliardensummen ausgegeben und mussten sich deshalb höher verschulden. 2) Durch die Wirtschaftskrise ist das Wachstum des BIP zurückgegangen oder es ist sogar geschrumpft.
- Dies zeigt klar: Das Problem ist nicht, dass man angeblich „über den Verhältnissen“ gelebt hat. Bis zum Beginn der Krise waren die Staatsausgaben im Rahmen. Erst durch die Bankenrettung haben sich die Staaten so stark verschuldet. Es handelt sich also um eine „Bankenrettungskrise“, durch die Milliarden von Euro von unten nach oben umverteilt wurden. Erst im Nachhinein wurde sie zu einer „Staatsschuldenkrise“ umgedeutet, um die Kürzungspolitik zu rechtfertigen.

### *Weiterführendes:*

Die Staatsschuldenquote kann auch steigen, wenn das BIP stärker sinkt als die Staatsschulden. Andersherum kann die Quote auch sinken, obwohl die Staatsschulden steigen – wenn das BIP stärker wächst, als die Schulden.

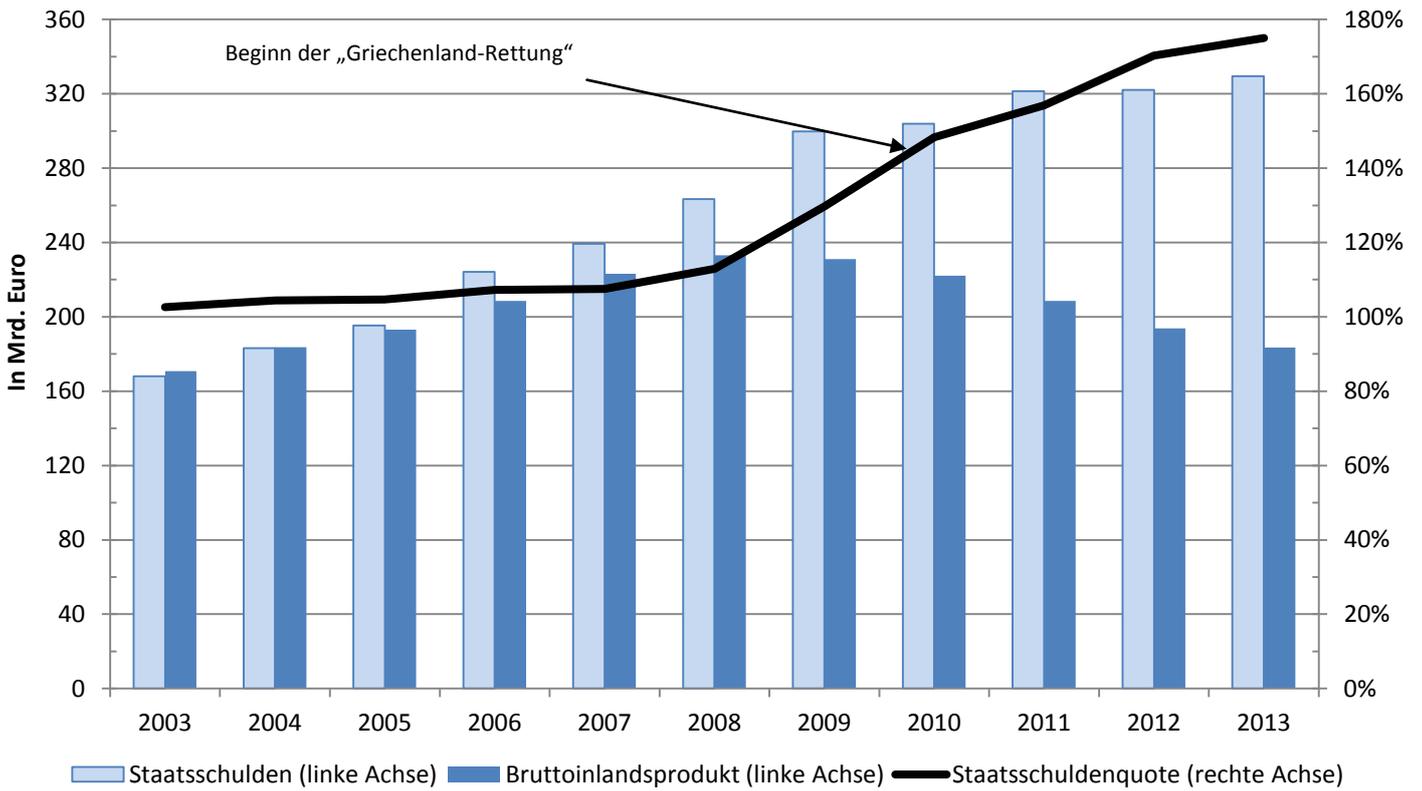
## Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands

- Die Grafik zeigt die Entwicklung der Handelsbilanz Deutschlands gegenüber den anderen Ländern der Eurozone in Milliarden DM (bis 1998) bzw. Euro (ab 1999). Die Handelsbilanz zeigt das Verhältnis von Importen zu Exporten. Werte über null bedeuten, dass mehr exportiert als importiert wurde. Werte unter null bedeuten das Gegenteil.

### *Interpretation der Grafik:*

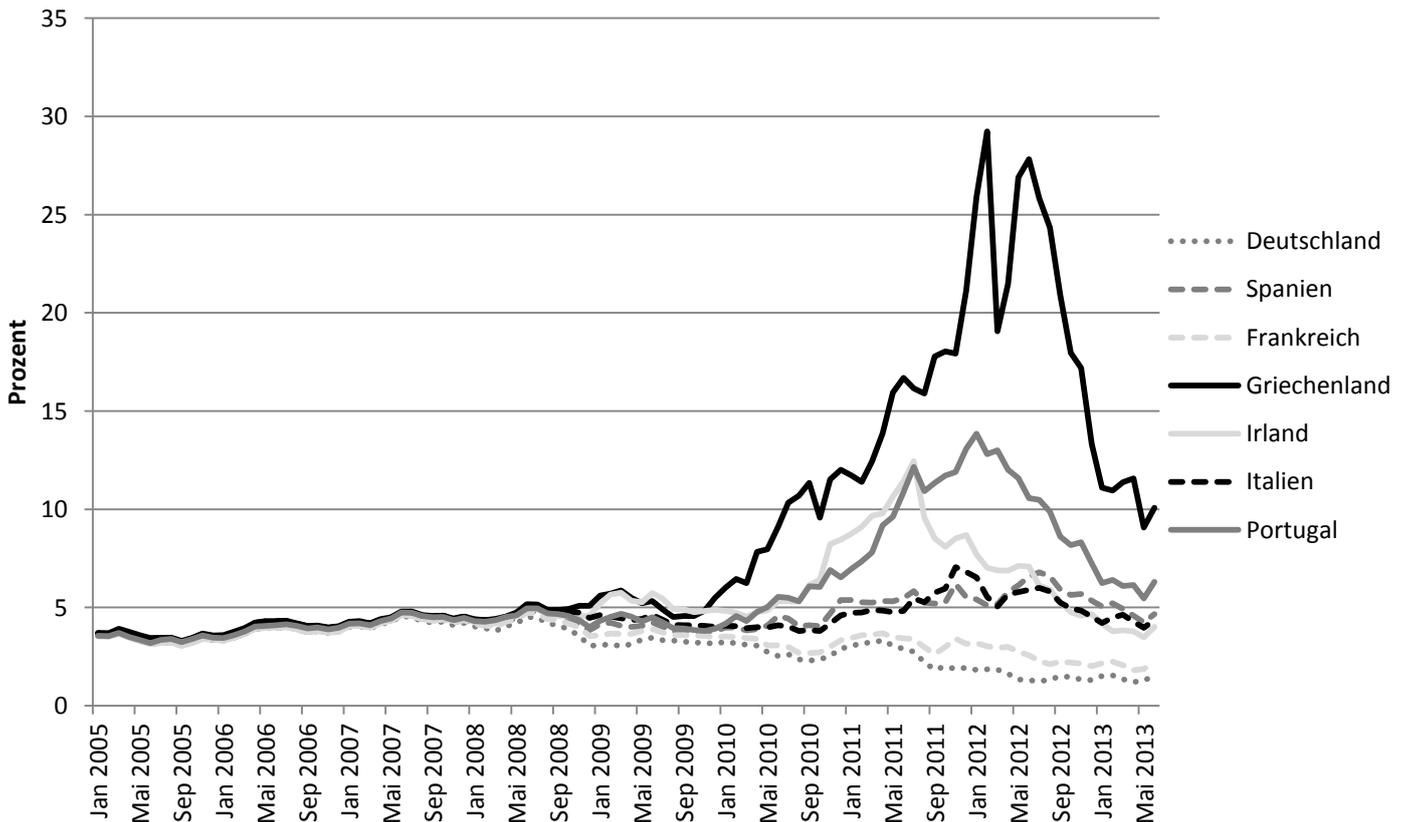
- Es ist deutlich, dass Deutschland seit der Euro-Einführung enorme Exportüberschüsse erwirtschaftet hat, d. h. wesentlich mehr exportiert als importiert hat. Insbesondere ab 2004 sind die Überschüsse sehr groß geworden.
- Vor der Euro-Einführung hatten die Länder die Möglichkeit, durch die Abwertung ihrer Währung Handelsbilanzungleichgewichte auszugleichen, d.h. sie konnten ihre Wirtschaft schützen und die Probleme „intern“ lösen. Dies ist jedoch nicht mehr möglich. Weil die Eurozone fehlerhaft konstruiert ist, stehen die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer in direkter Konkurrenz zueinander.
- Die deutschen Exportüberschüsse wurden vor allem durch die niedrigen Löhne im Verhältnis zur Produktivität gefördert: Weil die Löhne in Deutschland wesentlich langsamer gestiegen sind als in den anderen Eurozonen-Ländern, wurde es immer billiger, in Deutschland zu produzieren – auf Kosten der Beschäftigten hier und auf Kosten der Staatshaushalte in den anderen Ländern der Eurozone. Dagegen würden europaweite Sozialstandards (z. B. Mindestlöhne) helfen.
- Die Überschüsse der einen Seite bedeuten immer Defizite auf der anderen Seite: Geld floss von den Ländern mit Importüberschüssen (Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Frankreich) in die Länder mit Exportüberschüssen (Deutschland, Belgien, Niederlande).
- Kurz gesagt: Die deutschen Exportüberschüsse sind das Spiegelbild der Schulden der Länder mit Importüberschüssen. Denn diese müssen durch Schulden finanziert werden.

# Die Troika-Programme verschärfen die griechische Krise



Quelle: Ameco-Datenbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

# Zinsen für langjährige Staatsanleihen (2005-2013)



Quelle: Europäische Zentralbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

## Beispiel Griechenland: Die Troika-Programme verschärfen die Krise

- Die Balkengrafik zeigt die Entwicklung der griechischen Staatsschulden und des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit 2003. Die Angaben sind in Milliarden Euro, es handelt sich also um absolute Zahlen.
- Die schwarze Linie zeigt die Staatsschuldenquote an, also das Verhältnis zwischen Schulden und BIP.

### *Interpretation der Grafik:*

- Es wird deutlich, dass die Staatsschuldenquote bis 2008 relativ konstant war. Danach ist das BIP eingebrochen und die Staatsschulden sind gestiegen.
- Seitdem hat die Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) Griechenland enorme Kürzungsprogramme aufgezwungen. Diese haben aber das Problem nicht gelöst, sondern verschärft: Durch die Austeritätspolitik ist die Wirtschaftsleistung (also das BIP) Griechenlands massiv zurückgegangen (um fast ein Viertel). Dadurch sind dem Staat die Einnahmen weggebrochen, während der Bedarf an Sozialausgaben gestiegen ist. Gleichzeitig führte Spekulation an den Finanzmärkten dazu, dass die Zinsen für Staatsanleihen in die Höhe schossen. Das Ergebnis dieser Entwicklung: Die Schulden stiegen weiter.
- Heute sind die Staatsschulden in absoluten und in relativen Zahlen höher als vor den Kürzungsprogrammen. Und das, obwohl das vorgebliche Ziel immer war, die Schulden zu senken.

Die Grafik zeigt also, wie falsch die Rettungskonzepte der Troika sind.

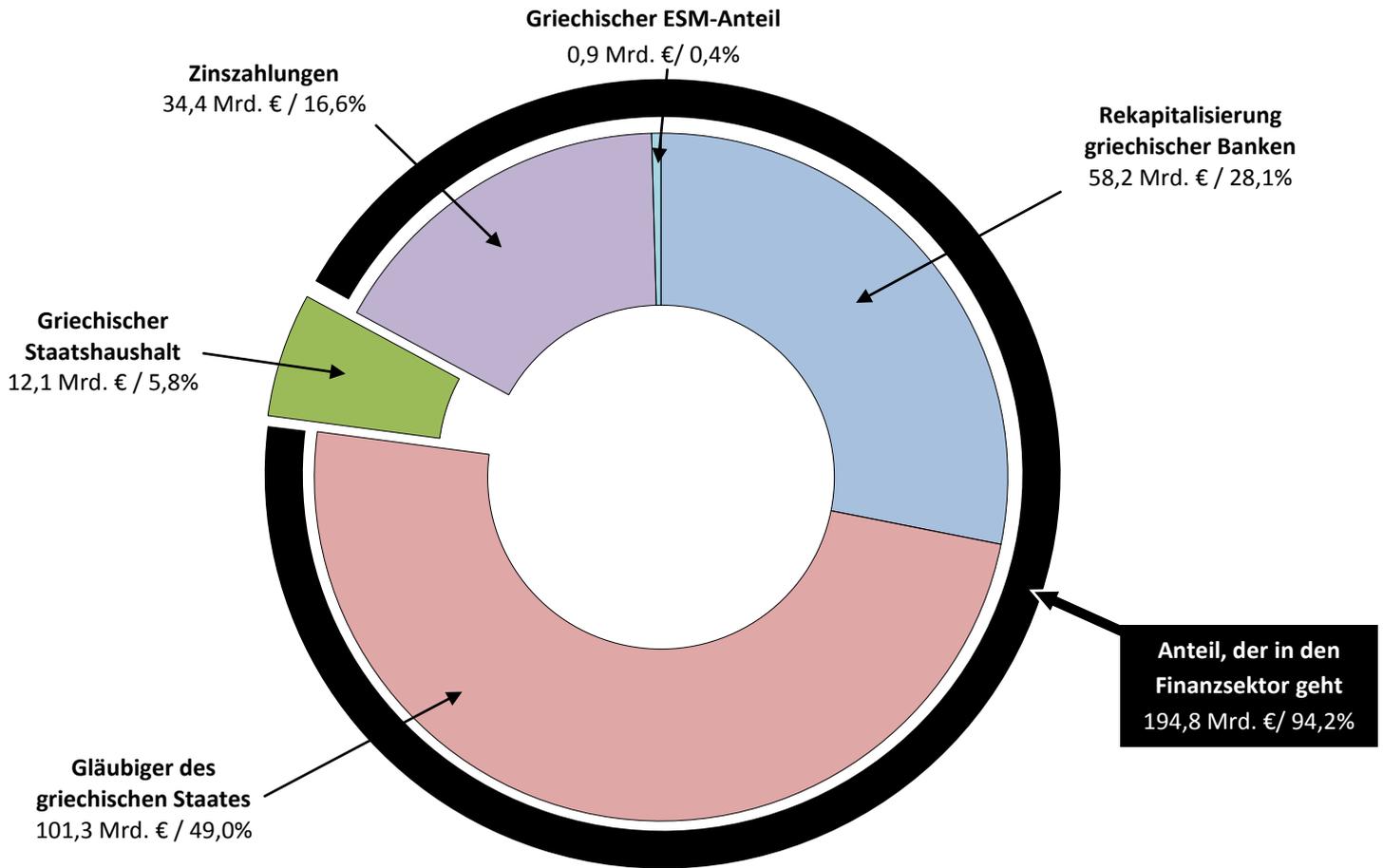
## Langjährige Staatsanleihen: Abhängigkeit von den Finanzmärkten führt zu Problemen

- Die Liniengrafik zeigt die Entwicklung der Zinsen, die ausgewählte Staaten für langjährige Staatsanleihen bezahlen müssen.

### *Interpretation der Grafik:*

- Staatsanleihen sind eine Form, über die sich Staaten finanzieren können. Sie „verkaufen“ die Staatsanleihen und bekommen dafür Geld. Dieses müssen sie dann, wie einen Kredit, in festgelegten Zeiträumen zurückzahlen. Hinzu kommen Zinsen, die den Gewinn derjenigen ausmachen, die die Staatsanleihen kaufen.
- Käufer von Staatsanleihen (Gläubiger) gehen immer ein gewisses Risiko ein: Sollte der Staat zahlungsunfähig werden, dann könnten sie ihr Geld verlieren. Bislang galten Staatsanleihen jedoch immer als „sichere Bank“ – und auch im Zuge der Eurokrise zeigt sich, dass am Ende immer die öffentlichen Haushalte der anderen Euro-Länder einspringen, um die Gläubiger zu entlasten.
- Die Grafik zeigt die Abhängigkeit der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten. Bis 2008 waren die Zinssätze der Euro-Länder fast identisch im Bereich unter fünf Prozent. Mit Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Zinsen dann stark angestiegen. Dies hat zur Folge, dass die betroffenen Länder für die Staatsanleihen immer höhere Zinsen zahlen müssen – bis zu dem Punkt, an dem diese Zahlungen untragbar werden.
- Um dies zu vermeiden, ist es notwendig, die Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten zu entkoppeln. Denn diese Märkte funktionieren nur mit dem Ziel, möglichst schnell möglichst viel Geld zu verdienen. Deshalb fordert DIE LINKE eine „Bank für Öffentliche Anleihen“, die den Staaten Geld leiht und sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanziert, also Kredite bekommt, um sie ohne Zinsaufschlag an die Staaten weiterzugeben.

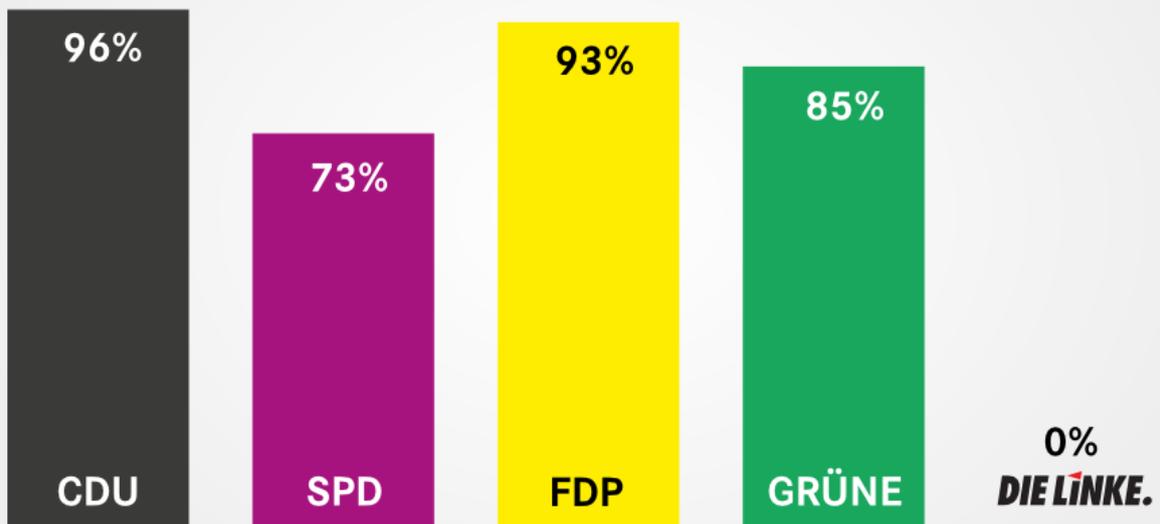
# Verwendung der Troika-Kredite für Griechenland



Stand: Juli 2013 Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB (DIE LINKE) Daten: Attac, eigene Berechnungen

## Große Koalition der Bankenretter

Zustimmung bei Bundestags-Abstimmungen zu Bankenrettungspaketen und Austeritätspolitik: Nur die Linksfraktion hat konsequent gegen die falsche Krisenpolitik gestimmt



Die Zahlen zeigen die **Zustimmung der Fraktionen bei zehn Abstimmungen** (Anteil der Ja-Stimmen an den abgegebenen Stimmen): 1. Griechenland-Paket (Mai 2010), Euro-Rettungsschirm (Mai 2010), EFSF (September 2011), Ausweitung EFSF (Oktober 2011), 2. Griechenland-Paket (Februar 2012), Fiskalpakt (Juni 2012), ESM (Juni 2012), Bankenhilfe Spanien (Juli 2012), 3. Griechenland-Paket (November 2012), Zypern-Paket (April 2013)

## **Griechenland: Hilfskredite flossen direkt in den Finanzsektor**

- Die Grafik zeigt, wofür die 206,9 Milliarden Euro verwendet wurden, die Griechenland in mehreren Paketen als Hilfskredite gewährt wurden.

### *Interpretation der Grafik:*

- Es ist deutlich zu erkennen, dass nur ein verschwindend geringer Teil des Geldes, das der griechische Staat durch die „Rettungsschirme“ EFSF und ESM geliehen bekommen hat, dem Staat bzw. den Menschen zugute kommt: Nur 12,1 Mrd. Euro oder 5,8 Prozent.
- Die restlichen 194,8 Mrd. Euro bzw. 94,2 Prozent flossen direkt an die Gläubiger (49 Prozent), in griechische Banken (28,1 Prozent), in Zinsen (16,6 Prozent) und an den ESM (0,4 Prozent).
- Dies zeigt: Die Kredite, die Griechenland gewährt wurden, um die Staatspleite abzuwenden, gingen fast komplett an Banken. Die griechische Bevölkerung musste dafür enorme Kürzungen erleiden. Anstelle der Bevölkerung, sollten die Banken für ihre Verluste bezahlen.

Hierfür ist es wichtig, dass ein Trennbankensystem eingerichtet wird, damit die „guten“ Einlagen (Kleinsparer, Rentenfonds) bei Banken nicht durch Verluste aus Spekulationsgeschäften verloren gehen können.

## **Abstimmungsverhalten bei Banken-Rettungspaketen und Austeritätspolitik**

- Die ganz große Koalition aus CDU/CSU, FPD, SPD und Grünen hat mit einer überwältigen Mehrheit für alle Pakete gestimmt und damit die falsche Krisenpolitik der Bundesregierung gestützt. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sie alle abgelehnt hat.
- In allen Fraktionen, die zugestimmt haben, hat es Abweichler/innen gegeben. Deren Anteil an ihrer jeweiligen Fraktion hat jedoch in keinem Fall mehr als 17 Prozent betragen. Sehr konsequent haben auch die Grünen die Bankenrettung unterstützt: Bei der Hälfte der Abstimmungen stimmte keine/r der Abgeordneten gegen die Pakete.

## Abstimmungsverhalten bei Banken-Rettungspaketen und Austeritätspolitik

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>
<b>1. Griechenland-Paket</b> (Mai 2010)	CDU/CSU, FDP, Grüne	DIE LINKE	SPD
<b>Euro-„Rettungsschirm“</b> (Mai 2010)	CDU/CSU, FDP	DIE LINKE	SPD, Grüne
<b>EFSF</b> (September 2011)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>Ausweitung EFSF</b> (Oktober 2011)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>2. Griechenland-Paket</b> (Februar 2012)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>Fiskalpakt</b> (Juni 2012)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>ESM</b> (Juni 2012)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>Bankenhilfe Spanien</b> (Juli 2012)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>Modifizierung 2. Griechenland-Paket</b> (November 2012)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	
<b>Zypern-Paket</b> (April 2013)	CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne	DIE LINKE	

„Zustimmung“, „Ablehnung“ und „Enthaltung“ bedeutet, dass fast alle Abgeordneten der jeweiligen Fraktion in dieser Form abgestimmt haben. Bei den meisten Abstimmungen hat es auch Abweichler gegeben. Diese fielen jedoch nicht ins Gewicht.

Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB (DIE LINKE), [www.andrej-hunko.de](http://www.andrej-hunko.de)